Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/542
07.05.2014

Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

36. Sitzung (öffentlich)

7. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **9**

kommt der Ausschuss überein, die Punkte 11 und 12 zu vertagen und ggf. im Zusammenhang mit einem vom federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr avisierten gemeinsamen Antrags zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

Des Weiteren beschließt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP Tagesordnungspunkt 16 als ersten Punkt der Sitzung zu behandeln.

16 Rohöl-Austritt in Gronau-Epe und ihre Auswirkungen 10

Vorlage 16/1859

- Bericht durch Minister Garrelt Duin (MWEIMH) 10
- Diskussion 12

1 Fairen Wettbewerb schaffen: Klare energiewirtschaftliche Regelungen bei der Vergabe von Konzessionen für Strom- und Gasnetze 30

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4153

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4237

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5741

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/5741 wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Der so geänderte Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/4153 wird schließlich mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU angenommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/4237 wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP abgelehnt.

2 Vermeidung von „Greenwashing“ bei der Umstellung der Stromversorgung der Gebäude bzw. Liegenschaften des Landes Nordrhein-Westfalen auf elektrische Energie aus regenerativen Quellen 34

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4810

Ohne Aussprache lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der PIRATEN den Antrag ab.

3 Einigung zwischen Bundesregierung und der EU-Kommission zu den besonderen Ausgleichsregelungen für stromintensive Unternehmen in Nordrhein-Westfalen 35

Vorlage 16/1856

– Diskussion 35

4 Entwicklungschancen eröffnen, nicht beschränken – Rot-Grüne LEP-Novelle darf Kommunen und Wirtschaft nicht drosseln 38

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5220

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

In Verbindung mit:

5 Moratorium jetzt: Landesregierung muss ihren missglückten Entwurf einer Novelle des Landesentwicklungsplans sofort zurückziehen!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5487

Vorlage 16/1857

Der Ausschuss lehnt zunächst den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/5220 – TOP 4 – mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von FDP und CDU ab.

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/5487 – TOP 5 – wird nicht abgestimmt. Der Punkt soll in der Sitzung am 25. Juni abgestimmt werden. Dieser Beratungsfahrplan soll dem mitberatenden Umweltausschuss mitgeteilt werden.

6 Wie geht es weiter mit dem Braunkohlentagebau in Nordrhein-Westfalen? – Landesregierung muss endlich Antworten geben 51

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5273

Die Fraktion der CDU kündigt an, diesen Antrag gegenüber der Präsidentin zurückzuziehen und regt zu einem umfassenderen Gedankenaustausch zum Thema heimische Braunkohle mit Blick auf Fördermengen und Förderzeiträume an.

7 Zeitgemäße Evaluierungskultur für Wirtschaftsförderprogramme aufbauen – Wirksamkeit und Transparenz sicherstellen 53

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5276

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen; die Terminierung und weitere Details sollen in der Runde der Obleute verabredet werden.

8 Breitbandausbau beschleunigen – Landesregierung muss Operationelles Programm EFRE für flächendeckenden Breitbandausbau öffnen! 54

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5470

Vorlage 16/1839

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5534

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung zu dem Tagesordnungspunkt am 25.06.2014 zu führen.

9 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften 58

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4232
Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5292

Ausschussprotokoll 16/484
Stellungnahme siehe Ausschussprotokoll 16/484

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt zunächst den Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN Drucksache 16/5292 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an.

Der so geänderte Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/4232 wird sodann mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN angenommen.

10 Whistleblowing – eine Form von Zivilcourage, die unterstützt und geschützt werden muss 61

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3437

Ausschussprotokoll 16/458
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 16/458

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN gegen die Stimmen der PIRATEN bei Enthaltung der FDP den Antrag ab.

11 Nachhaltiges Wachstum der Logistikwirtschaft – System Wasserstraße als zentrale Infrastruktur Nordrhein-Westfalen durch multimediales Güterverkehrskonzept stärken 62

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3450

Ausschussprotokoll 16/463

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Tagesordnungspunkt ist abgesetzt worden (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

12 Moderne Wasserwege für effizienten, schadstoffarmen und klimaschonenden Güterverkehr – Binnenschifffahrtsinitiative 63

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4015

Ausschussprotokoll 16/463

Stellungnahme siehe Ausschussprotokoll 16/463

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Tagesordnungspunkt ist abgesetzt worden (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

13 Das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP läuft nordrhein-westfälischen Interessen grundsätzlich zuwider! 64

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5278

Der Antrag wird nach Aussprache mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP gegen die PIRATEN abgelehnt.

14 Jungen fit für die Zukunft machen 68

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5286

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Antrag wird nach kurzer Diskussion mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

15 Situation bei der Adam Opel AG 70

Vorlage 16/1838

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

17 Ergebnisse der Kommission zur Geschichte des AVR Jülich und ihre Auswirkungen 71

Bericht
der Landesregierung

- Bericht durch MDgt Dr. Michael Henze (MWEIMH) 71
- Diskussion 74

18 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Gewerberechtsverordnung 78

Vorlage 16/1835

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis und gilt damit als angehört.

Nächste Sitzung: 25.06.2014 78

* * *

9 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4232
Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5292

Ausschussprotokoll 16/484
Stellungnahme siehe Ausschussprotokoll 16/484

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Georg Fortmeier schickt voraus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei durch Plenarbeschluss vom 28. November 2013 zur Federführung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie neben dem AWEIMH an den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen worden. Am 10. März 2014 habe zu dem Gesetzentwurf im federführenden Ausschuss eine Anhörung von Sachverständigen stattgefunden. Inzwischen liege zu dem Gesetzentwurf ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) erklärt, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werde Bundesrecht nachvollzogen und in Landesrecht eingebaut. Außerdem sei der Änderungsantrag insofern begrüßen, da dadurch die Möglichkeit vergrößert werde, dass sich entsprechende Standortgemeinschaften gründeten, weil das Verhinderungsquorum erhöht werde. Das sei eine sinnvolle Sache, und man schlage vor, den Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag so zuzustimmen.

Holger Ellerbrock (FDP) sagt für seine Fraktion auch Ja zu Immobilien- und Standortgemeinschaften. Das sei ein freiwilliges Instrument und eine vernünftige Sache. Man würde dem Regierungsentwurf so zustimmen. Allerdings stimme man nicht dem Änderungsantrag zu mit der Erhöhung des Quorums. Das Quorum von 25 % sei richtig. Die 33 % im Änderungsantrag betrachte man als zu viel. Insofern würde man den Änderungsantrag ablehnen.

Sollte der Änderungsantrag durchkommen, werde seine Fraktion den sich so ändernden Regierungsentwurf ablehnen.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE) erklärt, man verspreche sich durch den Gesetzentwurf der Landesregierung auch eine positive Auswirkung auf die Entwicklung von Wohnen im Quartier. Die Forderung, das Quorum zu erhöhen, sei in der Anhörung laut geworden, und sie empfehle dies auch aus der Handhabe in anderen Bundes-

ländern heraus wie Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein, die über die Erhöhung des Quorums eine positive Entwicklung zu verzeichnen gehabt hätten. Man sei froh, dass dieser Gesetzentwurf vorliege und bitte auch um die Unterstützung des rot-grünen Änderungsantrages.

Oliver Bayer (PIRATEN) meint, man habe bisher viel zu wenig Erfahrung mit ISG, um zu schauen, wo man nachsteuern müsse. Die empirischen Daten seien noch nicht ausreichend. Dennoch sei der Antrag nicht falsch. Die Grundidee von ISG sei richtig, nämlich die Leute zusammenzubringen. Die Anhörung habe gezeigt, dass die frühere Befürchtung seiner Fraktion, durch die Erhöhung des Quorums würde die demokratische Legitimierung gefährdet, nicht gänzlich falsch sei, aber in der Praxis wohl weitestgehend gegenstandslos. Insofern habe eine Erhöhung des Quorums durchaus auch Vorteile, weil sich nur wenige Akteure vor Ort einbrächten und ihr Interesse am Prozess zeigten.

Insgesamt gelinge es durch die ISGs, das dauerhafte Engagement und die Zahl der Aktiven zu erhöhen. Insofern werde man sich beim Gesetzentwurf und beim Änderungsantrag enthalten.

Hendrik Wüst (CDU) führt aus, es sei allgemein bekannt, dass das Instrument Immobilien- und Standortgemeinschaften von Bauminister Wittke damals in Nordrhein-Westfalen eingeführt worden und eine gute Sache sei. Das, was Frau Müller-Witt ausgeführt habe, sei richtig, dass nämlich die Anhebung des Quorums eine geeignete Maßnahme wäre, noch mehr möglich zu machen. Bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung werde immer nach geeignet, erforderlich und angemessen gefragt. Ob es erforderlich sei, dazu habe Kollege Bayer etwas gesagt. Dazu fehle ihm auch die zwingende Datenbasis.

Bei der Frage der Angemessenheit sei festzuhalten, dass man, wenn man das Quorum erhöhe, in eine noch größere Zahl von Eigentumsverhältnissen eingreife. In der Abwägung komme er zu dem Schluss, dass man das eigentlich nicht wolle und man bleibe dann bei den 25 %, wie Herr Ellerbrock es auch ausgeführt habe.

Die Geeignetheit nicht leugnen wollend, habe man bisher nicht den Druck nachgewiesen, dass man die Quote erhöhen müsse. Man habe bewusst ein kleines Quorum von 25 % gewählt, um zu verhindern, dass Leute überrollt und gezwungen würden, Dinge zu tun, die sie vielleicht aus guten Gründen nicht machen wollten.

Deswegen werde man beim Änderungsantrag nicht mitgehen. Weil dieser aber offensichtlich beschlossen werde und damit Teil des Gesetzentwurfes werde, steige man da aus.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) verweist bezüglich der Erhöhung des Quorums auf die Anhörung, in der gerade die Akteure, die davon betroffen seien, das empfohlen hätte, unter anderem sei die IHK sehr dafür, das Verhinderungsquorum zu erhöhen. Insofern könne sie die Argumentation bezüglich des Quorums nicht nachvollziehen.

Holger Ellerbrock (FDP) geht ebenfalls auf die Anhörung ein und meint, derjenige, der privates Geld in die Hand nehme – BFW oder Haus und Grund – habe deutlich gesagt, dass man es bei 25 % lassen sollte, da in die Eigentumsrechte unheimlich eingegriffen werde. Es gehe um die Akzeptanz. Dass die öffentliche Hand das manchmal anders sehe, könne er sich gut vorstellen. Aber derjenige, der das bezahlen müsse und dessen Akzeptanz man haben müsse, habe dafür plädiert, die Quote nicht zu erhöhen. Deswegen sei die Zielrichtung der FDP, es bei 25 % zu belassen und dem Regierungsentwurf in der ursprünglichen Fassung zuzustimmen.

Der Ausschuss nimmt zunächst den Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN Drucksache 16/5292 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an.

Der so geänderte Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/4232 wird sodann mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN angenommen.